

„Wir sind wütend, wir sind traurig“

Zur polarisierten Debatte um Antisemitismus und die Präzedenzlosigkeit der Schoa in Deutschland

Mirjam Wenzel

Eröffnungsvortrag

Museen antizipieren, was von Wert sein wird. Sie sammeln und bewahren materielle wie immaterielle Kulturgüter für zukünftige Generationen und Gesellschaften. Museen sind Gedächtnisinstitutionen in einem sehr spezifischen Sinne. Sie arbeiten an dem Dispositiv, in dem Kunst und Kulturgüter vergangener Zeiten als solche wahrgenommen werden. Sie sind Orte, an denen das materielle und immaterielle Gedächtnis entsteht, das in Zukunft von der Vergangenheit zeugt. Diese Arbeit an dem zukünftigen Gedächtnis führt in der musealen Praxis zu einer unumgänglichen Orientierung an und auf die Frage, wie Zukunft aussehen kann und sollte, und mithin zu einer fortwährenden Reflexion über die Gegenwart:

„Das Museum der Zukunft, wenn es noch ein Museum ist, wird sein Material und seine Form in seiner zukünftigen Vergangenheit finden. Und ein Teil der Vergangenheit des Museums der Zukunft ist unsere gegenwärtige Zeit. Und daher können wir nicht über das Museum der Zukunft nachdenken, ohne über unsere Gegenwart nachzudenken.“
(Völker 2021, S. 69)

Die Gegenwart sowohl im Nachdenken zu verstehen wie auch ihre Erinnerung zu gestalten, ist angesichts der Zuspitzung globaler Krisen und der Geschwindigkeit von Veränderungen derzeit nicht gerade einfach. Wie kann ein Museum die Zukunft von Gesellschaften antizipieren, die von diesen selbst nicht als solche verhandelt, diskutiert und aktiv gestaltet wird? Wie kann eine Zukunft aussehen, die polarisierte Welten umspannt und miteinander verbindet? Es sind diese und weitere Fragen, die in den vergangenen Jahren in der Museumswelt vehement diskutiert wurden – und zwar mit Blick auf den Sinn und Zweck des eigenen Handelns und die Auffassung, was ein Museum sein kann beziehungsweise sein sollte. Dieser Aufsatz geht auf diese Diskussionen ein, um dann anhand eines konkreten Beispiels das Verhältnis zwischen Jüdischen Museen und der jüdischen Gemeinschaft zu erörtern und anschließend die Störungen zu skizzieren, denen dieses Verhältnis im Zuge polarisierender Diskurse unterliegt. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie die Zunahme von Polarisierungen in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Gewaltverbrechen der deutschen Vergangenheit vermieden werden und worin eine geteilte Erinnerung an die Schoa auf der einen und den Kolonialismus auf der anderen Seite, ja eine allgemeinverbindliche Ethik des „Nie Wieder“ bestehen könnte.

Die neue Museumsdefinition

Die Museumsdefinition der größten internationalen Organisation von Museen, des *International Council of Museums* (kurz: ICOM), rekurrierte jahrzehntelang auf eine Formulierung aus dem Jahr 1974, die 2007 minimal modifiziert wurde.¹ In Anbetracht des massiven Wandels musealer Tätigkeiten und damit einhergehender Selbstverständnisse seit der Jahrtausendwende beschloss die General Conference von ICOM im Jahr 2016, den Wortlaut und Ansatz der Definition unter Einbeziehung der verschiedenen Ländervertretungen grundlegend zu überarbeiten. Der vorläufige Definitionsvorschlag, der drei Jahre später auf der General Conference von Tokyo vorgestellt wurde, rückte die gesellschaftsgestaltende Funktion und Zukunftsorientierung von Museen ins Zentrum. Er lautete:

“Museums are democratising, inclusive and polyphonic spaces for critical dialogue about the pasts and the futures. Acknowledging and addressing the conflicts and challenges of the present, they hold artifacts and specimens in trust for society, safeguard diverse memories for future generations and guarantee equal rights and equal access to heritage for all people. Museums are not for profit. They are participatory and transparent, and work in active partnership with and for diverse communities to collect, preserve, research, interpret, exhibit, and enhance understandings of the world, aiming to contribute to human dignity and social justice, global equality and planetary wellbeing.” (Siehe Sandahl 2019)

Die emphatische Indienstnahme traditioneller Museumstätigkeiten für eine zukunftsfähige Gestaltung gerechter und nachhaltig agierender Gesellschaften in einer miteinander vernetzten Welt und die unmittelbare Bezugnahme auf diverse Gemeinschaften, also der utopische Zuschnitt dieser vorgeschlagenen Museumsdefinition stieß insbesondere bei den europäischen Museumsvereinigungen von ICOM auf Ablehnung. In der Folgezeit tobte innerhalb der internationalen Museumsorganisation ein vehementer, öffentlich kaum beachteter Streit darüber, was die Aufgaben eines zeitgemäßen Museums seien.² In diesem Streit setzten sich schließlich die europäischen Vereinigungen durch, die weniger nach neuen Formulierungen suchten, sondern in ihrem Definitionsvorschlag eher auf eine Modifikation des Bestehenden setzten. Im August dieses Jahres verabschiedete die General Conference in Prag daher einen modifizierten und erweiterten Text der bis dato existierenden Definition. Er lautet:

“A museum is a not-for-profit, permanent institution in the service of society that researches, collects, conserves, interprets and exhibits tangible and intangible heritage. Open to the public, accessible and inclusive, museums foster diversity and sustainability. They operate and communicate ethically, professionally and with the participation of communities, offering varied experiences for education, enjoyment, reflection and knowledge sharing.” (ICOM 2022)

Die neue Definition erweitert die bisherige Aufgabenbeschreibung um die Formulierung, dass Museen Inklusion und Diversität fördern und sich partizipativ auf verschiedene Communities beziehen. Sie greift damit neuere Entwicklungen in der musealen Praxis auf, erwähnt jedoch nicht die großen Auseinandersetzungen um die Frage, unter welchen Umständen Sammlungen entstanden sind. Durch die Auslas-

¹ Die modifizierte Version lautete: “A museum is a non-profit, permanent institution in the service of society and its development, open to the public, which acquires, conserves, researches, communicates and exhibits the tangible and intangible heritage of humanity and its environment for the purposes of education, study and enjoyment.” (aus: International Council of Museums, *Resources. Standards and Guidelines. Museum Definition 2007*)

² Auch wenn der Streit außerhalb der Museumsorganisation wenig Beachtung fand, so zog er dennoch einige Publikationen nach sich, darunter der Sammelband Emmerling et al. (2021) sowie schnittpunkt, und Joachim Baur (2020).

sung der Forderung nach Provenienzforschung und jedweder Positionierung zu Restitutionsfragen hat die derzeitige Museumsdefinition also keine richtungsweise Funktion hinsichtlich eines verantwortungsvollen Umgangs mit Kulturgütern, die unter Umständen von Diskriminierung und Entrechtung oder von Krieg und Gewalt von ihren ursprünglichen Besitzern geraubt wurden. In eben diesem Feld aber liegen die maßgeblichen Veränderungen, die viele europäische und nunmehr auch die deutschen Museen in den letzten Jahren vollzogen haben. Diese Veränderungen beziehen sich auf die Frage des Besitzes, nämlich das Verhältnis zu den eigenen Sammlungen und den kulturellen Gemeinschaften, denen die Kulturgüter aus diesen Sammlungen ursprünglich gehörten. Eine Reflexion über eben diese Frage war in die Diskussion um die Museumsdefinition insbesondere von den Verbänden der vormals von Europa kolonisierten Länder eingebracht worden.

Im Juni 2022 unterzeichneten die Leiter von zwanzig deutschen Museen, Repräsentant*innen des Auswärtigen Amtes und der nigerianischen Regierung eine Absichtserklärung über die Rückgabe von Benin-Bronzen aus verschiedenen deutschen Sammlungen. Diese Absichtserklärung gilt insofern als zukunftsweisend, als Deutschland mit ihr erstmals schriftlich zusichert, dass der Aufbau vieler musealen Sammlungen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der europäischen Kolonialgeschichte stand und die nächsten Jahrzehnte davon geprägt sein werden, die Provenienzen der einzelnen Objekte nachzuvollziehen und die Rechtmäßigkeit von deren Besitz zu überprüfen. Ein vergleichbar aufwendiger Forschungs- und Überprüfungsprozess der Sammlungen von Museen und privaten Händlern hat in der Bundesrepublik Deutschland bereits vor einiger Zeit begonnen. Er bezieht sich auf die Enteignungs- und Aneignungszusammenhänge von Kulturgütern, die vor der Schoa jüdischen Menschen oder Organisationen gehörten. Auch hier spielt ein symbolisches Ereignis eine zentrale Bedeutung: die Entdeckung der Sammlung des nationalsozialistischen Kunsthändlers Hildbrand Gurlitt im Haus seines Sohnes Cornelius und die darauffolgenden Diskussionen um einen adäquaten Umgang mit dessen Erbe.³

Wem gehört die Geschichte?

Die Frage, wem welches Kulturgut einst gehörte, wie es in eine Sammlung gekommen ist, ob es sich dabei um einen Enteignungsvorgang handelt, der durch Restitution umgekehrt werden kann, deutet in die Zukunft. Denn sie führt zu der noch sehr viel bedeutenderen Frage, wer in Zukunft die immaterielle wie materielle Überlieferung verwahren, ja wem Geschichte gehören wird? Eben diese Frage steht im Zentrum der Veränderungen, die sich im Schatten der polarisierten Debatten abspielen, nämlich der Frage, wer die Geschichte erzählt, ja erzählen soll?

Das Jüdische Museum Frankfurt hat mit Blick auf diese Frage in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel im Verhältnis zur Jüdischen Gemeinde Frankfurt vollzogen:

1980 als erstes kommunales Museum in der Bundesrepublik Deutschland gegründet, das sich ausschließlich mit jüdischer Geschichte und Kultur befasst und 1988 in einem der ehemaligen Wohnhäuser der Familie Rothschild schließlich feierlich eröffnet, bewahrt und präsentiert es auch Leihgaben der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, die 1948 wieder begründet wurde. 1954 unterzeichnete der Vorstand der sich im Aufbau befindlichen Gemeinde einen Vertrag mit der Jewish Restitution Successor Organisation, der Vorgängerorganisation der Jewish Claims Conference, in dem er auf rechtliche Ansprüche auf die Besitztümer der beiden jüdischen Vorkriegsgemeinden, insbesondere auf deren Liegenschaften verzichtete.⁴ Mit der Unterschrift kam der Gemeindevorstand der damaligen Auffassung nach, dass

³ Der Nachlass von Cornelius Gurlitt wurde dem Kunstmuseum Bern geschenkt, das zu diesem eine Online-Datenbank entwickelt hat, URL: <https://gurlitt.kunstmuseumbern.ch/de/>

⁴ Der Vertrag ist im Zentralarchiv in Heidelberg zu finden; siehe ebd., Akten der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main B1/13, 3507.

jüdisches Leben in der Bundesrepublik Deutschland keine Zukunft haben und sich die eigene Gemeinde wieder auflösen werde. Erst in den 1980er Jahren vollzog sich ein Paradigmenwechsel innerhalb des Selbstverständnisses der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt und andernorts. Seither leben Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr mit „gepackten Koffern“ und erwarten von der deutschen Gesellschaft, dass sie sich mit den Kontinuitäten von Rechtsextremismus und Antisemitismus auseinandersetzt und jüdische Einrichtungen beschützt. Das Jüdische Museum Frankfurt wurde 1980 als erstes kommunales Jüdisches Museum im postnationalsozialistischen Deutschland gegründet und versteht sich als ein Vermittler zwischen der jüdischen Gemeinschaft und der deutschen Gesellschaft. Es unterstützt die Jüdische Gemeinde Frankfurt in dem Bezug des eigenen Selbstverständnisses auf die beiden Vorgängergemeinden und betrachtet den Vertrag aus dem Jahr 1954 als ein historisches Dokument, das heute keine Rechtsgültigkeit mehr besitzt. Dementsprechend setzt sich das Museum für die Restitution des Besitzes der beiden Vorkriegsgemeinden an die heutige Gemeinde Frankfurt ein. So konnten im Jahr 2020 beispielsweise mehrere zeremonielle Objekte, die im Rahmen des Novemberpogroms in die Sammlung des Historischen Museums der Stadt Frankfurt gelangt waren, an die Jüdische Gemeinde Frankfurt restituiert werden. Diese Restitution ist eine von vielen Formen, in denen das Jüdische Museum Frankfurt seine Beziehung zur heutigen jüdischen Gemeinde und damit den Community-bezug gestaltet, der in der heutigen musealen Praxis eine bedeutende Rolle spielt. Weitere Aspekte bestehen etwa in der Unterhaltung eines koscheren Cafés oder in der Restaurierung von zeremoniellen Gegenständen, die der Gemeinde gehören.

Dass sich das partnerschaftliche Verhältnis zwischen dem Jüdischem Museum, das sich in kommunaler Trägerschaft befindet, und der Jüdischen Gemeinde jedoch keinesfalls immer spannungsfrei gestaltet, zeigt ein Ereignis aus der allerjüngsten Vergangenheit. Mitte September 2022 zeichnete die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Jüdischen Museums den Pianisten Igor Levit im Rahmen einer festlichen Abendveranstaltung für sein Eintreten gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus und für eine diverse Gesellschaft aus, in der die Würde des Einzelnen unabhängig von Herkunft und Kultur gewahrt wird. Bei der Preisverleihung war auch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Claudia Roth, zugegen. Es handelte sich um den ersten Besuch der Staatsministerin in einem Frankfurter Museum. In den Reaktionen auf den Post, den das Museum zu diesem Besuch auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte, zeigten sich viele Microblogger*innen darüber verärgert, dass Frau Roth trotz der Konflikte um antisemitische Kunstwerke auf der zeitgleich laufenden documenta15 in einem Jüdischen Museum öffentlich empfangen werde. Die meisten der Kommentierenden waren Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. In ihrer Empörung spiegelte sich die Kluft zwischen der jüdischen Gemeinschaft und weiten Teilen der Kunst- und Kulturszene, die sich während der documenta15 vertieft hat. Weithin öffentlich sichtbar wurde die Wut auf Seiten der Jüdischen Gemeinschaft gegenüber der höchsten Repräsentantin der bundesdeutschen Kultur einige Monate später erneut in Frankfurt: Bei dem Gesangs- und Tanzwettbewerb der jüdischen Jugendzentren Jewrovision im Mai 2023 wurde Claudia Roth minutenlang auf der Bühne ausgebuht.

Zum Konflikt um die documenta15

Worin gründete die Wut und Enttäuschung, ja Bitterkeit auf Seiten der jüdischen Gemeinschaft gegenüber der Repräsentantin bundesdeutscher Kulturpolitik seit der documenta15? Diese hatten zunächst mit dem Geschehen selbst zu tun: Nicht nur wurden die Warnungen vor antisemitischen Positionen und Bildern von Seiten des Zentralrats der Juden in Deutschland im Vorfeld der documenta15 in den Wind geschlagen, dann an zentraler Stelle im öffentlichen Raum ein großes Banner mit judenfeindlichen

Darstellungen gehisst und die kulturpolitische Verantwortung für den manifesten Antisemitismus anschließend monatelang hin- und hergeschoben. Die künstlerische Leitung der documenta15, das Kollektiv ruangrupa, lehnte mit Verweis auf die Kunstfreiheit⁵ auch jedwedes öffentliche Gespräch über weitere problematische Werke sowie die Umsetzung der ersten Empfehlungen ab, die eine eigens einberufene Expertenkommission noch während der Laufzeit öffentlich bekannt gab. Diese Empfehlungen legten nahe, die Vorführung der Kompilation von pro-palästinensischen Propagandafilmen aus den 1960er–1980er Jahren historisch zu kontextualisieren oder aber zu stoppen.⁶ Die acht international renommierten Kurator*innen der Findungskommission, die zum Beirat der documenta ernannt wurden, unterstützten die ablehnende Haltung von ruangrupa und ließen in einem auf der Website der documenta veröffentlichten Statement wissen, dass der Antisemitismusvorwurf in Deutschland instrumentalisiert werde, um sich nicht mit den Praktiken von Künstler*innen aus postkolonialen Ländern auseinandersetzen zu müssen.⁷ Die Kritik in den deutschen Feuilletons an den aktivistischen Positionierungen der Künstler*innen-Kollektive sei rassistisch motiviert, so hieß es weiter, und führe zu einem herabwürdigenden Umgang mit den Werken und ihren Schöpfer*innen. Die Künstler*innen-Kollektive der documenta15 schlossen sich dieser Verlautbarung an und veröffentlichten am 10. September 2022 online ein Statement mit der Überschrift: „We are angry, we are sad, we are tired, we are united.“⁸ Dieses Statement wandte sich unmittelbar an den Aufsichtsrat der documenta sowie an Claudia Roth, auch wenn diese keinerlei Funktion innerhalb der Organisationsstruktur innehatte. Jüdinnen und Juden in Deutschland oder deren politische Vertretung, der Zentralrat der Juden, wurden von dem Statement hingegen nicht adressiert. Die Jüdische Gemeinde Kassel veröffentlichte daraufhin selbst einen Brief und ließ verlautbaren, dass sie nicht mehr bereit sei, die eigenen Gefühle zugunsten einer sachlichen Auseinandersetzung zurückzustellen. Die Mitteilung endete mit den Worten: „Wir sind auch wütend, wir sind auch traurig, wir sind auch müde, wir stehen zusammen“.⁹

In den wochenlangen Debatten des Feuilletons kamen Jüdinnen und Juden weniger als Rezipienten judenfeindlicher Bilder oder auch als Adressat*innen von Antisemitismus, sondern vor allem als Expert*innen für Antisemitismus zur Sprache. Diese gleichzeitige Ein- und Ausschließung führte dazu, dass in der Presseberichterstattung zur documenta15 Antisemitismus zwar thematisiert, dessen Verbreitung durch das Kunstereignis unter dessen Besucher*innen als solche jedoch lange Zeit nicht beleuchtet wurde. Nach über 1.000 Gesprächen vor Ort führte die damalige Leiterin Bildung der Bildungsstätte Anne Frank, Julia Alfandari, daher in der *HNA* am 21. August aus, dass auch die zumeist akademisch gebildeten Besucher*innen „völlig selbstverständlich krude antisemitische Verschwörungstheorien äußern“ und es generell „an der Kompetenz mangelt, Antisemitismus überhaupt zu erkennen“.¹⁰

⁵ Das Argument, dass die Kunstfreiheit nicht angetastet werden dürfe, spielte in den Diskussionen um die documenta15 eine zentrale Rolle. Der Verfassungsjurist Christoph Möllers erarbeitete deshalb im Auftrag der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien ein Gutachten, welches aufzeigt, was Kunstfreiheit bedeutet und was nicht, siehe dazu: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973862/2160112/fdca2bc5a35492e43f7478c5ef09e157/2023-01-24-bkm-gutachten-moellers-data.pdf?download=1> [zuletzt aufgerufen am 17. September 2023].

⁶ Siehe dazu etwa das Interview der Kommissionsvorsitzenden Nicole Deitelhoff im *Tagesspiegel* vom 14. September 2022. Der umfangreiche Bericht wurde im Februar 2022 veröffentlicht und ist seither online abrufbar: https://www.documenta.de/files/230202_Abschlussbericht.pdf [zuletzt aufgerufen am 17. September 2023].

⁷ Siehe URL: <https://documenta-fifteen.de/news/statement-der-findungskommission/> [zuletzt aufgerufen am 17. September 2023].

⁸ Das Statement wurde nicht auf der Website der documenta, sondern auf der Online-Plattform e-flux veröffentlicht, URL: <https://www.e-flux.com/notes/489580/we-are-angry-we-are-sad-we-are-tired-we-are-united-letter-from-lumbung-community> [zuletzt aufgerufen am 17.9.2023].

⁹ <https://sara-nussbaum-zentrum.de/statement-documenta-22-09-13/> [zuletzt aufgerufen am 17.9.2023].

¹⁰ Matthias Lohr, „Info-Stand auf documenta zeigt: ‘Antisemitismus ist in vielen Köpfen fest verankert’“. In: *HNA* vom 21. August 2022, URL: <https://www.hna.de/kultur/documenta/antisemitismus-ist-in-vielen-koepfen-fest-verankert-91737598.html> [zuletzt aufgerufen am 17.9.2023].

Die documenta15 hat die Kluft zwischen Jüdinnen und Juden in Deutschland und anderen migrantisches Communities, zwischen der organisierten jüdischen Gemeinschaft, den politischen Entscheidungsträger*innen und den staatlich geförderten Kulturinstitutionen in einen Abgrund verwandelt, der schwerlich zu überbrücken ist – auch für ein Jüdisches Museum, dessen Aufgabe ja darin besteht, jüdische Geschichte und Kultur an eine nicht-jüdische Öffentlichkeit zu vermitteln und Brücken zu schlagen. Dass eine Gedächtnis- und Bildungseinrichtung, die die Gewaltgeschichte von Jüdinnen und Juden und zugleich die immense Bedeutung der jüdischen Kultur in und für Europa vermitteln soll, die Erinnerung an die Ermordeten in postgenozidalen Gesellschaften stärken und zugleich die Sensibilität für Diversität steigern will, zwangsläufig auch ein Ort der Kontroverse ist, zeigen die Debatten der vergangenen Jahre. Jüdische Museen treffen den gereizten Nerv unserer Zeit. Sie adressieren Fragen, die unmittelbar mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen zusammenhängen und im Zentrum politischer Auseinandersetzungen stehen, wie etwa: Welche Bedeutung hat Flucht und Migration im Selbstverständnis einer Gesellschaft? Welchen Stellenwert haben Identitäts- und Geschichtspolitik in den öffentlichen Debatten um symbolische Handlungen und Orte? Und last but not least: Wie gehen Regierungen und die politische Öffentlichkeit mit antisemitischer oder rassistischer Gewalt um?

Partikulare und/oder universale Perspektiven auf die deutsche Gewaltgeschichte

Im bundesdeutschen Feuilleton wurde bereits vor der documenta15 hitzig über das Verhältnis von Kolonialverbrechen zu Auschwitz, den Unterschied und die Gemeinsamkeiten zwischen Rassismus und Antisemitismus, die partikulare jüdische Erfahrung von Gewalt, Verfolgung und Vernichtung und die Bedeutung eines universalen Humanismus diskutiert. Dabei ging und geht es in diesen Debatten – auch und gerade für ein Jüdisches Museum – um essentielle Perspektiven auf die deutsche wie auch die jüdische Geschichte: Worin gleicht und worin unterscheidet sich die Schoa von anderen Genoziden? Ist die jüdische Diasporageschichte partikular? Was hat sie mit den Geschichten anderer gesellschaftlicher und kultureller Minderheiten gemein? Wie können wir die Erinnerung an sie bewahren? Und, last but not least, wie dem Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus entgegentreten, der sich in Europa im Zuge der Corona-Pandemie und Zulaufs rechtsextremer Parteien immer weiter ausbreitet?

Das Verhältnis zwischen jüdischer und postkolonialer Geschichte, zwischen Antisemitismus und Rassismus, der Schoa und anderen Genoziden wird in diesen Debatten nicht ausschließlich kontrovers diskutiert. Anstelle eines produktiven Streits zwischen verschiedenen Erfahrungen, historischen Perspektiven und wissenschaftlichen Disziplinen zeichnet sich vielmehr eine zunehmende Polarisierung in dem Blick ab, mit dem die Gewaltgeschichte der Moderne und deren Folgen in der Gegenwart betrachtet wird. Ist sie unter universalen Aspekten als eine Geschichte zu verstehen, in der indigene, migrantisierte, versklavte Gruppen gleichermaßen Gewalt durch weiße Kolonisatoren ausgesetzt waren? Oder handelt es sich um verschiedene partikulare Gewalterfahrungen und -geschichten, deren Bezugsverhältnis zueinander weiterhin untersucht werden sollte?

Anfang und immer wiederkehrender Bezugspunkt dieser Debatten ist der Beschluss des deutschen Bundestags vom 17. Mai 2019 „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“. Er sprach die Empfehlung aus, „keine Projekte finanziell zu fördern, die zum Boykott Israels aufrufen oder die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen“ (Deutscher Bundestag 2019).

Wenige Wochen nach der Verabschiedung postete das Jüdische Museum Berlin einen Tweet, der auf einen Artikel in der *taz* verwies, der die Kritik von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftler*innen an dem Beschluss darlegte. In Reaktion auf den Tweet ließ der Zentralrat der Juden in Deutschland,

erneut über Twitter, am 11. Juni 2019 wissen: „Das Jüdische Museum Berlin scheint gänzlich außer Kontrolle geraten zu sein. Das Vertrauen der jüdischen Gemeinschaft hat die Leitung des Hauses verspielt“.¹¹ Die beiden Tweets führten zur Entlassung der Pressesprecherin, zum Rücktritt von Peter Schäfer als Museumsdirektor und von Yasemin Shooman als Leiterin der Akademieprogramme, zu einer Vielzahl an kritischen Artikeln über die Arbeit des Jüdischen Museums Berlin sowie zu massivem Druck auf die Direktor*innen der anderen Jüdischen Museen in Deutschland, Befragungen zu deren Familienhintergrund und dem Verhältnis der jeweiligen Einrichtung zur jüdischen Gemeinde.

Als die Debatte sich soeben gelegt zu haben schien, folgte eine zweite, die sich ebenfalls auf eine kulturelle Einrichtung, nämlich die Ruhrtriennale bezog. Deren damalige Direktorin, Stefanie Carp, hatte in der ersten von ihr kuratierten Ruhrtriennale die Band Young Fathers eingeladen, die offen die BDS-Bewegung unterstützt. Das darauffolgende Festival im Jahr 2020 sollte dann der postkoloniale Historiker und Politikwissenschaftler Achille Mbembe eröffnen. Nach einer Intervention durch den Bundesbeauftragten für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, entwickelte sich eine vehemente Diskussion über die Nähe der Schriften und der Person Mbembes zur BDS-Bewegung, welche dieser stets bestritt und die Diskussion als rassistisch zurückwies.

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen fand sich im Berliner Haus der Kulturen der Welt eine Gruppe von Leiter*innen bedeutender, zumeist mit Bundesmitteln geförderter Wissenschafts- und Kultureinrichtungen zusammen, die im Dezember 2020 als „Initiative GG 5.3. Weltoffenheit“ an die Öffentlichkeit trat. In ihrem Plädoyer kritisierte die Gruppe, dass die BDS-Resolution des Bundestags erhebliche Auswirkungen auf ihre Programmarbeit habe und votierte dafür, dass in Deutschland weiterhin Wissenschaftler*innen und Künstler*innen eingeladen werden können müssten, die an der einen oder anderen Stelle einen Brief mit unterstützendem Charakter für die BDS-Bewegung unterzeichnet hätten.¹²

Im Mai 2021 veröffentlichte der Politikwissenschaftler Dirk Moses den polemischen Text „Der Katechismus der Deutschen“,¹³ der sich frontal gegen die These wendete, die Schoa sei singular. Er führte aus, Auschwitz sei nicht präzedenzlos, sondern ein Genozid, der anderen kolonialen Verbrechen gleiche, Antisemitismus müsse als Rassismus verstanden werden und die deutsche Politik aufhören, besonders enge Beziehungen mit dem Staat Israel zu pflegen. Es folgte der „Historikerstreit 2.0“, in dessen Rahmen sich Wissenschaftler*innen und Publizist*innen weltweit zu diesen Thesen positionierten und dem bis dato nur in Fachkreisen bekannten Genozid-Forscher und seinem soeben erschienenen Buch *The Problems of Genocide* (Moses 2021) ungeahnte Publizität verschafften.

Eine gemeinsame, differenzierte Ethik des „Nie wieder“

Um was geht es in den polarisierenden Debatten entlang der Konfliktkonstellation Holocaust- und Jüdische Studien versus Genozid- und Kolonialismus-Studien? An welchen Punkten gleicht und an welchen unterscheidet sich die Schoa von Kolonialverbrechen und anderen Genoziden? Woher rührt die frappierende Verbindung zwischen einem intellektuell in Stellung gebrachten, weltoffenen Universalismus auf der einen Seite und einem dekolonialen Aktionismus auf der anderen Seite, der sich dem palästinensischen Kampf gegen den Staat Israel verschreibt? In seinem 2022 erschienenen Buch *Fluchtpunkte*

¹¹ Siehe dazu auch den Artikel „Das Vertrauen der jüdischen Gemeinschaft verspielt“ in der Jüdischen Allgemeinen vom 11. Juni 2019, URL: <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/das-vertrauen-der-juedischen-gemeinschaft-verspielt/> [zuletzt aufgerufen am 17.9.2023].

¹² Siehe URL: <https://www.gg53weltoffenheit.org/plaedoyer/> [zuletzt aufgerufen am 17.9.2023].

¹³ Dirk Moses veröffentlichte den Text in der Online-Zeitschrift *Geschichte der Gegenwart*, URL: <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/> [zuletzt aufgerufen am 17.9.2023].

der Erinnerung greift der Soziologe Natan Sznaider diese und andere Fragen auf und führt aus, dass der in postkolonialen Diskursen dominierende Blick auf Israel als „Apartheitsstaat“ in historischer Hinsicht vergleichsweise jung sei. Anhand der Schriften des Schriftstellers und Soziologen Albert Memmi und mit Bezug auf W.E.B Du Bois und Frantz Fanon, die heute als Wegbereiter der Postcolonial Studies betrachtet werden, legt er dar, dass die Gründung des Staates Israel zunächst ein dekoloniales Projekt und eine gelungene Emanzipations- und Befreiungsgeschichte von Jüdinnen und Juden als einer kolonisierten Minderheit betrachtet wurde. Diese heute weithin verdrängte Perspektive gelte es, so Sznaider, wieder stark zu machen, denn:

„Unser Denken ist in der Vielzahl von Bedeutungen eingeschlossen: weder westlich, noch nicht-westlich, sondern beides. Nicht Kolonialismus oder Holocaust, sondern beides. Das ist die Aufgabe der Ethik des *Nie wieder*. Diese Ethik opfert weder die Besonderheit, noch geht sie von einer Illusion universeller Gleichheit aus. Universalismus und Partikularismus müssen gemeinsam gedacht und reflektiert werden. Am Ende erkennt man, dass aus ethischer Perspektive die Unterscheidungen zwischen Westen und Nichtwesten wirklich gar nicht so viel Sinn ergeben.“ (Sznaider 2022, S. 214)

Wenn das zukünftige Zusammenleben in einer pluralen und diversen Gesellschaft also gelingen soll, müssen in Deutschland Kolonialismus und Schoa zukünftig gleichermaßen erinnert, rassistischen und antisemitischen Einstellungen und Äußerungen gleichermaßen entgegengetreten werden, die Beschäftigung mit Gewaltgeschichten, deren Auswirkungen auf die Selbstverständnisse von Gemeinschaften und deren Nachwirkungen in den Leben jedes Einzelnen also intensiviert werden – und zwar jenseits von Anerkennungskämpfen um Aufmerksamkeit, Anerkennung und finanzielle Entschädigung.

Eine ebensolche Beschäftigung mit den geteilten Vergangenheiten impliziert nicht nur die Stärkung einer öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung mit der deutschen kolonialen Geschichte, die mit der Restitution der Benin-Bronzen begonnen hat. Sie bedeutet auch, die Vermittlung des deutschen Kolonialismus ebenso zu einem permanenten Bestandteil des Geschichtsunterrichts an deutschen Schulen zu machen wie den Nationalsozialismus und die Schoa. Sie erfordert, sich in öffentlichen Formen des Gedenkens mit beiden Epochen der deutschen Geschichte zu beschäftigen, in Denkmälern und Gedenktagen an das Gewaltgeschehen und dessen Folgen zu erinnern, einen diversitätssensiblen Wandel in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen zu stärken und die wissenschaftliche Recherche zur Provenienz der aus kolonialen Kontexten angeeigneten Kulturgüter sowie den Austausch mit indigenen Communities dauerhaft zu fördern. Dass eben diese Auseinandersetzung nicht weiterhin an Künstler*innen und politische Aktivist*innen delegiert werden kann, die dann als Repräsentanten des so genannten Globalen Südens wahlweise ernst oder als „ganz anders“ wahrgenommen werden, hat das antisemitische Bild im Zentrum von Kassel zu Beginn der documenta15 und die noch immer unbeantwortete Frage danach gezeigt, wie es zu diesem kommen konnte. Ebenso deutlich wird in der Frontstellung zwischen der Expert*innenkommission und Politik auf der einen, der künstlerischer Leitung, dem Beirat und Künstler*innen-Kollektiven der documenta15 auf der anderen Seite, dass die Kritik an der israelischen Besatzungspolitik und die Solidarisierung mit dem palästinensischen Kampf um Anerkennung, staatliche Autonomie und Rückkehr auf das Territorium von 1948 im postkolonialen Aktivismus der meisten Künstler*innenkollektive der documenta15 eine zentrale Position einnimmt. Für eine differenzierte Auseinandersetzung mit der modernen Gewaltgeschichte und ihren Nachwirkungen in der Gegenwart aber muss sowohl die Übertragbarkeit der europäischen Kolonialgeschichte auf den israelisch-palästinensischen Konflikt in Frage gestellt, als auch genauer hingeschaut und argumentiert werden, wann Kritik an der israelischen Besatzung in Vernichtungsfantasien gegenüber dem israelischen Staat und seiner mehrheitlich jüdischen Bevölkerungen umschlagen. Dass der palästinensische Kampf gegen den Staat Israel immer wieder von diesen Fantasien beflügelt wird, genau das verdeutlichen die von

Subversive Film präsentierten Propagandafilme, die bis zuletzt auf der documenta15 zu sehen waren. Mit diesen und anderen Positionen hat sie indessen die documenta-Geschichte des Ausschlusses von jüdischen Künstler*innen fortgeschrieben, welche der NS-Kriegsverbrecher Werner Haftmann in den ersten Jahren der Kunstaussstellung in Kassel zu verantworten hatte (siehe dazu Raphael Gross mit Lars Bang Larsen et al. 2021). Ja, sie hat eben diesen Ausschluss noch weiter zugespitzt, indem sie eine Filminstallation präsentierte, in der der jüdische Staat dämonisiert und der palästinensische Terror als Befreiungskampf glorifiziert wird. Angesichts all dieser Auseinandersetzungen und Debatten ist es daher wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen, dass der deutsche Nationalsozialismus die Vernichtungsfantasien gegenüber Jüdinnen und Juden in einen Genozid überführte, dessen Entwicklung in weiten Teilen anderen Genoziden glich. Auschwitz selbst, also die nationalsozialistischen Vernichtungslager und der namenlose Massenmord in den Gaskammern waren, in Worten Hannah Arendts, indessen etwas genuin Neues, das nicht hätte geschehen dürfen, eine „vollendete Sinnlosigkeit“ (Arendt 1989). Dieses präzedenzlose Ereignis, das Claude Lanzmann in seinem neunstündigen Film als Schoa umkreiste, wirkt in seiner gewaltsamen Monstrosität noch immer in den europäischen Gesellschaften, zumal der deutschen, nach. Für Jüdinnen und Juden wird es gerade eben erst möglich, sich über die emotionalen Folgen zu verständigen und mit eigenen Positionen und Gefühlen an die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu treten. Es gehört zur Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Medien, diesen Prozess zu begleiten und Jüdinnen und Juden in Deutschland aus der Funktionalisierung zu entlassen, die sie auf eine Zuständigkeit für die Erinnerung an die Schoa, als Adressat*innen von Antisemitismus und Außenminister*innen von Israel festlegt.

Dasselbe gilt, nolens volens natürlich auch für Jüdische Museen. An diesem Punkt können wir nun den Bogen zurück zum Anfang dieses Aufsatzes schlagen und erneut die Aufgabe von Museen in den Blick nehmen, das zukünftige Gedächtnis unserer Gegenwart zu gestalten. Auf welche Zukunft sollen Jüdische Museen also hinarbeiten? Angesichts des erstarkenden Antisemitismus, der polarisierend geführten Debatten und der Kluft, die zwischen der jüdischen Gemeinschaft und den bundesdeutschen Kultureinrichtungen entstanden ist, tragen sie derzeit eine besondere Verantwortung für unser zukünftiges Zusammenleben. Um ihr nachzukommen, gilt es, immer wieder öffentlich zu thematisieren, dass die jüdische Erfahrung von Diskriminierung und Gewalt wie auch des Ringens um Gleichberechtigung und soziale Teilhabe von unverminderter Aktualität ist. Die Reflexion über strukturelle Ähnlichkeiten mit den historischen und gegenwärtigen Erfahrungen anderer kultureller Gemeinschaften und gesellschaftlicher Minderheiten in Europa kann, ja muss dabei in der Arbeit von zukunftsorientierten Jüdischen und anderen Historischen Museen sowie Einrichtungen der Erwachsenenbildung in der Gegenwart eine zentrale Rolle spielen. Denn sie bildet die Grundlage für das Fortbestehen einer aufgeklärten und diversen Gesellschaft, deren Mitglieder sich miteinander über ihre eigene und die allgemeine Geschichte, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede verständigen können. Und genau darauf baut eine Ethik des „Nie wieder“ auf.

Literatur

- Arendt, Hannah. 1989. Die vollendete Sinnlosigkeit. In *Nach Auschwitz. Essays & Kommentare 1*, dies., Hrsg. Eike Geisel und Klaus Bittermann. Übers. von Eike Geisel, 7–30. Berlin: Edition Tiamat.
- Deutscher Bundestag. 2019. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“. 19. Wahlperiode, Drucksache 19/10191. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf> [zuletzt aufgerufen am 17.9.2023].

- Emmerling, Leonard, Latika Gupta, Luiza Proença und Memory Biwa (Hrsg.). 2021. *Zukunft Museum*. München: Turia + Kant.
- Gross, Raphael mit Lars Bang Larsen, Dorlis Blume, Alexia Pooth, Julia Voss und Dorothee Wierling (Hrsg.). 2021. *documenta. Kunst und Politik*. München: Prestel Verlag.
- International Council of Museums, *Resources, Standards and Guidelines*. Museum Definition 2022. <https://icom.museum/en/resources/standards-guidelines/museum-definition/#:~:text=%E2%80%9CA%20museum%20is%20a%20not,museums%20foster%20diversity%20and%20sustainability> [zuletzt aufgerufen am 21.09.2023].
- Moses, Dirk. 2021. Der Katechismus der Deutschen. *Geschichte der Gegenwart*, 23. Mai 2021.
- Moses, Dirk. 2021. *The Problems of Genocide*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rothberg, Michael. 2009. *Multidirectional Memory*. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization. Stanford University Press.
- Sandahl, Jette. 2019. The Museum Definition as the Backbone of ICOM. *Museum International* 71(1–2). <https://doi.org/10.1080/13500775.2019.1638019>
- schnittpunkt, und Joachim Baur (Hrsg.). 2020. *Das Museum der Zukunft*. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Bielefeld: transcript.
- Sznaider, Natan. 2022. *Fluchtpunkte der Erinnerung*. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus. München: Hanser Literaturverlage.
- Völker, Jan. 2021. Das Museum des Wandels. In *Zukunft Museum*, Hrsg. Leonard Emmerling, Latika Gupta, Luiza Proença und Memory Biwa, 69–91. München: Turia + Kant.
- Wenzel, Mirjam. 2021. Das partikulare Gedächtnis Jüdischer Museen. In *Neue Bauhausvorträge* 7, Hrsg. Hans-Rudolf Meier, Frank Simon-Ritz und Winfried Speitkamp. https://e-pub.uni-weimar.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/4535/file/Neue+Bauhausvortraege_7_Mirjam_Wenzel.pdf [zuletzt aufgerufen am 21.09.2023].